

## NEWSLETTER, Juni 2013

Unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Werner Gatzler startete die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen eine Diskussionsreihe zur Zukunft der Unternehmen der Daseinsvorsorge. Das Thema der Auftaktveranstaltung im Matthias-Erzberger-Saal des BMF in Berlin lautete: „Daseinsvorsorgeunternehmen – quo vaditis? Die Daseinsvorsorgeunternehmen im Spannungsverhältnis von Versorgungssicherheit und Kapitalmarktorientierung“. Die Vorstandsvorsitzenden von Bahn und Post sowie der Lufthansa forderten dabei den Gesetzgeber auf, sich mit dem Thema der Tarifpluralität sowie fehlenden Regeln für Streiks in der Daseinsvorsorge auseinanderzusetzen.



*Staatssekretär W. Gatzler: Gemeinwohl und Kapitalmarktorientierung können sich ergänzen*

120 Gäste aus Bundestag und Bundesregierung, aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus Verbänden und Gewerkschaften, waren am 3. Mai der Einladung der Weizsäcker-Stiftung und des Bundesfinanzministeriums gefolgt. In seinem Referat verwies Staatssekretär Werner Gatzler darauf, dass das Bundesministerium der Finanzen mit den zahlreichen großen Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge in den vergangenen 20 bis 30 Jahren sehr erfolgreich gewesen sei. Aktuelle Privatisierungen wie jene der TLG zeigten, dass das Thema weiterhin auf der Tagesordnung stehe und im politischen Spektrum stets kontrovers diskutiert werde.

Andererseits beobachtet Gatzler insbesondere auf kommunaler Ebene nunmehr eine umgekehrte Tendenz: „Statt `weg vom Staat` heißt es heute häufig `hin zum Staat`.“ Auslöser für Vorstellungen von Re-Verstaatlichungen sind laut Gatzler auch die Auswirkungen der Finanzkrise, „die das Vertrauen in die Zuverlässigkeit privater Unternehmen erschüttert hat.“

Dabei sei es aber nicht eigentliche Aufgabe des Staates, unternehmerisch tätig zu sein, auch nicht in der Daseinsvorsorge. Privater Initiative und Eigentümerschaft seien grundsätzlich Vorrang vor staatlichem Wirtschaften einzuräumen. Entscheidend sei im Einzelfall stets die Abwägung darüber, mit „welchem Instrument das gewünschte Ziel am besten zu erreichen ist: Wie kann der Staat seiner Gewährleistungspflicht am zuverlässigsten und am wirtschaftlichsten nachkommen?“

In keinem Fall dürfe die Daseinsvorsorge aber gänzlich dem Wettbewerb überlassen bleiben. „Rosinenpickerei und Ausnutzung marktbeherrschender Stellungen müssen ausgeschlossen sein - der Staat trägt hier eine Fürsorgepflicht für den Bürger.“ Gemeinwohlorientierung und Kapitalmarktorientierung schlossen sich dabei, so Gatzler weiter, nicht gegenseitig aus, sondern ergänzten sich vielmehr.



uns nach alternativen Kapitalquellen umsehen müssen.“ Es gelte, Investoren mit kapitalmarktorientiertem Denken vom Geschäftsmodell der Daseinsvorsorge zu überzeugen.

### „Der Staat muss für wettbewerbsfähige Standortbedingungen sorgen“



**Podiumsdiskussion:** Dr. Christoph Franz, Deutsche Lufthansa; Dr. Rüdiger Grube, Deutsche Bahn; Kai Stepp, MW Verlag (Moderation); Werner Gatzert, Bundesministerium der Finanzen; Dr. Frank Appel, Deutsche Post (v.l.)

Eine wichtige Rolle im Rahmen der halbtägigen Diskussionsveranstaltung, für die die Carl Friedrich v. Weizsäcker-Stiftung eine vollständige Dokumentation sämtlicher Referate und Diskussionsbeiträge als Monographie vorlegen wird, spielte die Analyse der Ursachen und Folgen von Arbeitskämpfen in der Daseinsvorsorge für Gesellschaft und Wirtschaft. Wie der Staat mit diesem Thema umgehe, werteten die Teilnehmer als außerordentlich bedeutsamen Standortfaktor.



Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Lufthansa AG, Dr. Christoph Franz, verwies in seinem Referat darauf, dass sein Unternehmen einen bedeutenden Beitrag zur Teilnahme Deutschlands an der Globalisierung leiste. Dabei produziere die Lufthansa zu deutschen Standortbedingungen. Diese müssten im Vergleich mit den Rahmenbedingungen anderer Wettbewerber im Markt in ihrer Gesamtheit – das heißt unter Berücksichtigung von Qualität und Kosten – international wettbewerbsfähig sein.

**Dr. C. Franz, Deutsche Lufthansa:**  
*Rahmenbedingungen kritisch betrachten*

Vor diesem Hintergrund forderte Franz, „die Rahmenbedingungen kritisch zu betrachten, mit denen sich Dienstleistungsunternehmen auseinandersetzen haben, speziell jene die in einem hochkomplexen Netz von Systempartnern funktionieren.“ Zunehmend werde die Luft-hansa bei Tarifkonflikten mit Streiks von Sparten-gewerkschaften konfrontiert, und das nicht nur durch eigene Mitarbeiter, sondern immer öfter auch als Kunde durch Streiks bei Zulieferern zentraler Leistungen, „seien es Fluglotsen oder Beschäftigte an Flughäfen.“

Das Unternehmen habe in den letzten zehn Jahren durchschnittlich zwei Streiks pro Jahr gehabt. Da die Verteilungsspielräume im globalen Wettbewerb aufgrund eines enormen Margendruckes klein geworden seien, führe das dazu, „dass eben auch der Verhandlungsspielraum aus Sicht der Geschäftsleitung frustrierend klein geworden ist.“ Es sei dringend nach Wegen zu suchen, wie mit dieser Entwicklung bei Tarifkonflikten umzugehen sei. „Stilles Zusehen ist der falsche Weg. Der Staat muss dafür sorgen, dass wettbewerbsfähige Kostenstrukturen und Standortbedingungen zur Verfügung stehen.“

### „Die Tarifeinheit muss wiederhergestellt werden“

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, sprach sich in diesem Zusammenhang mit Nachdruck für die Wiederherstellung der Tarifeinheit aus, ein Grundsatz, den das Bundesarbeitsgericht mit einem Urteilsspruch aus dem Jahr 2010 fallen ließ.

Grube kommentierte dies mit den Worten: „Wir fügen dem deutschen Standort damit einen riesigen Nachteil zu. Wenn die eine Gewerkschaft versucht, besser zu sein als die andere – das kann auf Dauer nicht gutgehen.“



**Dr. R. Grube, Deutsche Bahn:** *Tarifpluralität ist für den Standort ein bedeutender Nachteil*

Erschwert werde die Situation durch bedeutende strukturelle Unterschiede zwischen den Gewerkschaften - schon bei der Größenordnung und damit ihrem Einfluss auf die gesamte Belegschaft. Die unregelmäßige Tarifpluralität sei auch ein Beispiel für eine gesellschaftliche Problemlage, in der die Politik rasch Abhilfe schaffen könnte: „Wie häufig haben wir denn in Deutschland den Fall, dass Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter in eine Richtung steuern?“ fragte Grube. Das sollte der Gesetzgeber nutzen.

**„Einheitliche gewerkschaftliche Positionen sind ein hohes Gut“**

**Dr. F. Appel, Deutsche Post:** *Nicht darauf setzen, dass der Markt die Auswüchse heilt*

Für die Deutsche Post AG schloss sich deren Vorstandsvorsitzender, Dr. Frank Appel, der Forderung Grubes „eins zu eins“ an. Auf die Abkehr der Justiz von der Tarifeinheit bezogen, sagte Appel weiter: „Wenn man selbst wie die Deutsche Post auch Geschäfte in Frankreich betreibt, dann weiß man, was wir da angezettelt haben, wir legen Lunte an etwas, von dem wir noch gar nicht wissen, was künftig passieren wird.“

Die deutsche Industrie sei auf Einheitsgewerkschaften angewiesen. Die Strategie, abzuwarten und darauf zu setzen, dass der Markt die Auswüchse heilen werde, sei ein

Spiel mit dem Feuer: „Bei uns im Unternehmen sind mehrere - auch kleinere – Gewerkschaften vertreten, aber wir führen federführend mit Verdi unsere Tarifverhandlungen.“ Es mit einer einheitlichen Position zu tun zu haben und nicht zum Beispiel mit fünf, wie häufig in Frankreich, sei ein hohes Gut. Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts sei „wirklich eine Standortverschlechterung für dieses Land.“

**„Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft Anlass zu großer Sorge“**

BMF-Staatssekretär Werner Gatzert bewertete in der Podiumsdiskussion die Situation ähnlich. Er selbst habe in den vergangenen Jahren Erfahrungen aus Tarifverhandlungen mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gesammelt.

Doch wo der Wettbewerb der einzelnen Gewerkschaften untereinander immer mehr zunehme, würden die Verhandlungen selbst dann schwieriger, wenn die Arbeitgebersei-



**120 geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften:**  
*Intensive Diskussion über Arbeitskämpfe in der Daseinsvorsorge*

te sich kompromissbereit zeige und rasch ein Angebot vorlege: „Damit kommt sie bei der Gegenseite manchmal viel zu früh, die sich erst noch einheitlich positionieren muss.“ Aus diesem Grund sieht Gatzler die Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft mit großer Sorge. „Ich glaube“, sagte er, „das ist ein großes, von manchen noch unterschätztes Problem. Dass der Markt das heilen wird, da bin ich skeptisch.“ Doch um ein Mandat zum Handeln zu erhalten, benötige die Politik zunächst politische Mehrheiten.

Lufthansa-Chef Christoph Franz stimmte in der Diskussion der Problemanalyse seiner beiden Vorstandskollegen Grube und Appel zu, bezeichnete aber den Weg zurück zu flächendeckenden Branchengewerkschaften als wenig wahrscheinlich. „Ich bin da persönlich aus zehnjähriger Erfahrung mit solchen Einzelgewerkschaften sehr skeptisch. Ich glaube, der Geist ist aus der Flasche heraus.“



**Gespräch über die Zukunft der Daseinsvorsorge:** Dr. F. Appel, *Deutsche Post*; Dr. A. Ries, *KPMG*; Dr. F. Meik, *Weizsäcker-Stiftung*; Dr. C. Franz, *Deutsche Lufthansa (v.l.)*

Umso wichtiger sei es, Wege zu finden, mit der neuen Situation in den betroffenen Branchen umzugehen. Laut Franz stellt sich nicht die Frage, ob es auch kleinere Spartengewerkschaften geben dürfe oder zwangsweise Branchengewerkschaften wieder einzuführen seien: „Da haben wir eine neue Realität, die wir akzeptieren müssen. Wir haben es bei uns im Hause permanent mit drei großen Gewerkschaften zu tun – dem passen wir uns an.“

Auch eine Einschränkung des Streikrechts käme nicht in Frage. „Was mir vielmehr am meisten Sorgen bereitet, ist das Fehlen von Spielregeln, die an die neue Realität angepasst sind – so wie dies auch in anderen Ländern der Fall ist.“

Der Streik, der früher als das letzte Mittel der Auseinandersetzung im Verhandlungsprozess gegolten habe, entwickle sich leider zunehmend zum „ersten Mittel der Auseinandersetzung.“ Der Lufthansa-Vorstandschef führte als Beispiel eine totale Betriebsstilllegung durch einen Warnstreik an, „obwohl zur gleichen Zeit Tarifverhandlungen liefen, die Lufthansa ein Angebot vorgelegt hatte und beide Seiten auch schon die nächsten Verhandlungstermine vereinbart hatten.“ Hier sei in der neuen Legislaturperiode staatliches Handeln dringend notwendig, um verbindliche Spielregeln für Arbeitskämpfe festzulegen. Diese sollten vom demokratisch legitimierten Gesetzgeber entwickelt werden und das derzeit geltende Richterrecht ersetzen.

Franz sagte: „Das können Cool Down-Perioden oder verpflichtende Mediationsverfahren sein.“ Man könne auch darüber nachdenken, wie in Frankreich einen Mindestservice aufrechtzuerhalten. Wichtig sei, dass diese Diskussion nun vertieft und ergebnisorientiert geführt werde. „Mit jedem Streik durch eine Spartengewerkschaft wird offensichtlicher, dass hier etwas geschehen muss.“

Weitere Veranstaltungen zur Zukunft der Daseinsvorsorge plant die Weizsäcker-Stiftung in diesem sowie im kommenden Jahr.

Mehr Informationen unter [www.CFvW.org](http://www.CFvW.org) im Bereich „Zukunft der Arbeit“ oder unter [www.zukunftderarbeit.eu](http://www.zukunftderarbeit.eu).

Mit den besten Grüßen



Dr. Frank Meik

Kurator der CFvW-Stiftung und Direktor Bereich Zukunft der Arbeit

Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung, Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.; Bereich Zukunft der Arbeit • Maximilianstraße 13 • D-80539 München;

Tel.: +49 700 70011777; Mobil: +49 171 3023231; Fax: +49 700 70011778; [meik@cfvw.de](mailto:meik@cfvw.de);

Vorstand der Stiftung: Dr. Bruno Redeker, Bernhard Winzinger

# CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER-STIFTUNG

---

BEREICH ZUKUNFT DER ARBEIT